

weiter = Zeitung

Organ der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

ersch. um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Montagmittagsblatt 3 h.
Abonnementbedingungen:
Preis: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich 60 h.
monatl. K 2.60, vierteljähr. K 7.50
Zum Abholen in den Filialen, in allen
Lokal-Verkäufen und Vertriebsstellen:
Wöchentlich K 2.00.
Österreich und Ungarn:
Monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—
bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Vierteljähr. K 12.—
Für alle anderen dem Weltpostverein
angehör. Länder: Viertelj. K 15.—
Abonnements werden angenommen
in der Administration, V. Reichle
Wenzelsplatz 97, und in den Filialen:
I. Schulterstraße 18, Telefon 9191
II. Baumgartengasse 20, Tel. 40228
X. Wiedenplatz 3, Telefon 86244
XIV. Wollnerplatz 6, Tel. 23123
XVI. Kollnerplatz 24, Telefon 84246
XVII. Buchergasse 23, Telefon 17175
XXI. Angereckstraße 14.
Für die an fremde Ausländer oder
Verleiher bezahlten Beiträge leisten
wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind willkommen.

Wien, Samstag, 10. März 1917.

XXIX. Jahrgang.

Die Internationale und ihre Wirksamkeit im Krieg.

Ein Brief der Exekutive an die Franzosen.

Man schreibt uns aus Amsterdam:

Die Ereignisse der letzten Monate und die sie begleitende Entwicklung der Meinungen haben den Wunsch, die Internationale aus dem Stadium der Teilkonferenzen, der platonischen Resolutionen und der gegenseitigen Zuschreibungen der Erfüllung unerlässlicher Vorbedingungen heraus und zur gemeinsamen Aktion für den Frieden im Geiste der internationalen Kongresse zu bringen, in fast allen sozialistischen Parteien so stark gemacht, daß die Exekutive in Haag den Versuch, die einleitenden Schritte dazu zu machen, mit größerem Nachdruck zu unternehmen sich gedrängt fühlte. Sie stieß hierbei wiederum auf den Widerstand der französischen Parteimehrheit, die selbst den Vorschlag unverbindlicher Beratungen mit der Exekutive argwöhnisch ablehnte. In den Gang dieser Verhandlungen und den Geist, worin sie geführt werden, leuchtet das folgende Antwortschreiben der Haager Exekutive an den französischen Parteivorstand hinein. Es gibt gleichzeitig einen klaren Ueberblick über das in den Bestrebungen zur Neubelebung der internationalen Aktion schon Erreichte. Der an den französischen Parteisekretär Dubreuilh adressierte Brief lautet:

Haag, 17. Februar.

Werter Genosse!

Wir bestätigen Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 17. Jänner und des beigelegten Protokolls der Sitzung Ihres Parteivorstandes vom 15. Jänner. Diese Beratung gibt die Antwort auf unseren Brief vom 3. Jänner. Wir gestatten uns, zu dieser Beratung einige Bemerkungen zu machen, die uns der Wunsch eingibt, jedes Mißverständnis zu vermeiden und die Aufgaben unseres Amtes getreu auszuführen.

Die gegenwärtige Zusammensetzung des Exekutivcomités.

a) Ihr Beschluß wirft vor allem die Frage der gegenwärtigen Zusammensetzung des Exekutivcomités auf und wiederholt Ihren Vorbehalt wegen der Hinzuziehung der holländischen Delegierten. Wir glauben, daß diese in der Kommission keine Eindringlinge sind. Sie haben um die Aufnahme darin nicht ersucht und haben die Aufgabe erst nach Befragung der angeschlossenen Parteien übernommen.

Bis zum Oktober 1914 funktionierte die belgische Delegation allein als Exekutive. In jenem Augenblick hielt es das Sekretariat — aus eigenem Entschluß — für angezeigt, sich in Haag niederzulassen, weil es in Verbindung mit allen angeschlossenen Parteien bleiben wollte. Andererseits waren mehrere Sektionen der Meinung, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der Beziehungen der Parteien mit der Zentrale und auch zur Bewahrung des Vertrauens aller in die Objektivität des Exekutivcomités es klug und vielleicht notwendig sei, diese Funktion einer Sektion eines nicht kriegführenden Landes anzuvertrauen. Die belgische Sektion nahm diese Lösung nicht an und erklärte, daß sie ein Opfer des Krieges und ein Kriegführender wider Willens sei. Sie fügte hinzu, daß die Invasion keine Expropriation rechtfertigt. Das war auch unsere Meinung.

Das Sekretariat, das nach Holland übergebracht worden war, hielt sich gegenüber der holländischen Sektion für verpflichtet, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht zu ignorieren, und berief eine Sitzung der belgischen und niederländischen Delegierten ein. Um den Wünschen der belgischen Sektion und zugleich dem von den anderen Sektionen ausgesprochenen Begehren Rechnung zu tragen, schlug das Sekretariat vor, die niederländischen Delegierten dem Exekutivcomité für die Dauer des Krieges und mit gleichen Rechten anzugliedern. Dieser Vermittlungsvorschlag wurde von den zwei Delegationen auf dringendes Ersuchen der anwesenden belgischen Delegierten angenommen und seine Unterbreitung an die angeschlossenen Parteien beschlossen. Das Ergebnis dieses Referendums ist Ihnen bekannt. Alle Antworten waren dieser Lösung günstig. Nur die französische Partei stimmte ihr nicht zu. Sie enthielt sich der Stimme. Aber wie Sie uns schrieben, sollte diese Entscheidung nicht als feindliche Stimme angesehen werden.

Es ist vielleicht nützlich, an diese verschiedenen Punkte zu erinnern, damit wir feststellen können, daß das Exekutivcomité, so wie es für die Kriegsdauer konstituiert worden ist, auf Grund von Vollmachten handelt, die ihm durch die ganze Internationale übertragen worden sind.

Die Kommission gegen Kriegsmißbräuche.

b) Die zweite Frage, von der Ihre Erklärung spricht, bezieht sich auf die Errichtung einer Kommission gegen Kriegsmißbräuche. Sie wissen, wie diese Idee das Licht erblickt hat. Infolge des Appells an alle sozialistischen Parteien, worin unser Kollege Vandervelde zum Protest gegen die Deportation der belgischen Arbeiter aufgefordert hat, hielt es die niederländische Delegation für die Pflicht der sozialistischen Parteien, in Zukunft neue Maßregeln zu treffen, um die vermeidlichen Uebel des Krieges nach Möglichkeit zu verhüten. Zahlreiche Klagen waren uns von verschiedenen Seiten zugekommen. Wir wollten sie nicht mit Genugtuung wiedergeben, um nicht den Anschein zu erwecken, als wollten wir die Verantwortlichkeit einer bestimmten Regierung vermindern, indem wir uns auf Tatsachen berufen, die andere Regierungen betreffen. Wir zitieren nur pro memoria ein allgemein bekanntes Dokument, die umfangreiche Klageschrift, die uns 1916 vom sozialistischen jüdischen Arbeiterbund (P. J.) übermittelt worden ist und die wir in zahlreichen Exemplaren allen Parteien zugestellt haben.

Nach der Meinung der niederländischen Delegation sollte die Errichtung einer Kommission ohne politischen Charakter durch Austausch von Dokumenten und Beschwerden den verschiedenen Parliamentsfraktionen ermöglichen, zu intervenieren, um allzu harte Wirkungen militärischer Art zu mildern und womöglich unnötige Grausamkeiten hintanzuhalten.

Sie haben uns zwei Gegenorschläge zugesendet. Sie scheinen zu fürchten, daß die Anwesenheit von Delegierten anderer Sektionen als indirekte Aufnahme der Beziehungen vor: a) entweder unser Exekutivcomité mit der Aufgabe zu betrauen, die wir der Kommission zuweisen wollten, oder b) diese Kommission zu errichten, aber es den interessierten Parteien anheimzugeben, sich darin durch niederländische Genossen, die in ihrem Namen handeln, vertreten zu lassen.

Wir sind der Meinung, diese zwei Vorschläge annehmen zu können. Der erste wird unmittelbar in Kraft treten und bis zum Inkrafttreten des zweiten maßgebend sein. Das Exekutivcomité wird die Beschwerden und die Berichte schon von jetzt an übermitteln und wir können selbst hinzufügen, daß es das schon getan hat.

Wir erwarten also die Ernennung Ihres oder Ihrer Delegierten und haben die anderen interessierten Parteien ersucht, das gleiche zu tun. Selbstverständlich können die Parteien uns auch Angehörige ihrer eigenen Nation als Delegierte senden. Es scheint uns indes wenig ausschlaggebend, ob der Ihrige der niederländischen oder der französischen Nation angehört. Es genügt, daß er Ihre Partei repräsentiert, in Ihrem Namen zu handeln befugt ist und daß er bei Ihren offiziellen Stellen das zur Ausübung seines Mandats nötige gute Ansehen genießt.

Die Kommission gegen Kriegsmißbräuche ist somit im Prinzip geschaffen und wir danken Ihnen aufrichtig für Ihre Zustimmung.

Vollziehung des Büros und Internationale Konferenz.

c) Die dritte Frage betrifft unsere Einladung an Sie, gemeinsam mit uns die von verschiedenen Sektionen ausgehenden Vorschläge zu prüfen, die sich einerseits auf die Einberufung einer Vollziehung des Büros, andererseits auf die einer internationalen Konferenz beziehen.

Sie haben uns bekanntgegeben, daß es Ihnen unmöglich ist, unseren Vorschlag anzunehmen.

Gestatten Sie uns nun, Ihnen zu sagen, daß wir den Zusammenhang nicht begreifen, den Sie zwischen dem Beschluß Ihres Kongresses und über die Ablehnung der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und unserem Vorschlag herstellen, der die Versammlung einer Konferenz Ihrer Delegierten zum Gegenstand hat. Wir fordern Sie nicht auf, zu einer gemeinsamen Sitzung mit den Delegierten der mit Frankreich im Kriege stehenden Länder zu kommen. Wir haben Sie eingeladen, mit den belgischen und niederländischen Delegierten zu konferieren, denen sich der schwedische Delegierte Genosse Branting zugesellen sollte, dessen Sympathien kein Geheimnis für Sie sind.

Wir verhehlen Ihnen nicht, daß wir uns in einer sehr delikaten Situation befinden. Wenn wir Sie ersucht haben, die Lage mit uns zu prüfen, so geschah dies nicht nur aus Höflichkeit gegen die französische Sektion, sondern auch, weil es notwendig ist, daß jeder seine Verantwortung übernehme.

Gleich nach Beginn der ersten Feindseligkeiten sind Aufforderungen zur Einberufung des Büros an uns gelangt. Die erste, vom 2. September 1914, ging von der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten aus, die diese Aufforderung seither mehrmals wiederholt hat. Gleiche Vorschläge kamen uns in der Folge von Italien, von Parteien neutraler Länder